

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

27.5.1906 (No. 177)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. Mai.

№ 177.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unberlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 15. Mai d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherrn von Stengel das Großkreuz Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 15. Mai d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Ober-Postkassierer Johann Stulz in Karlsruhe die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigt bewogen gefunden, dem Referendar Karl Sieder in Neckargemünd, dem Betriebssekretär Karl Bernhard in Karlsruhe und dem Apotheker Karl P. Batsching in Neulingen die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzregenten von Bayern verliehenen, von Höchstidemselben anlässlich des 70. Jahrestages Seines Eintritts in die Bayerische Armee gestifteten Jubiläumsmedaille zu erteilen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigt bewogen gefunden, dem vortragenden Rat im Auswärtigen Amt, Geheimen Legationsrat und Kammerherrn Dr. Rudolf Goebel von Garrant die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Großoffizierskreuzes des Fürstlich Bulgarischen St. Alexanderordens zu erteilen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Ein Wahlrechtskompromiß in Oesterreich.

Nach dreimonatlichen wechselvollen Vorverhandlungen haben die Tage der Entscheidung für die Wahlreform. Noch nicht die Tage, an denen man die Stimmen für und gegen zählen wird, wohl aber die Tage, an denen die Parteien ihr innerstes Bekenntnis werden ablegen, der Wahlreform ihr wahres Gesicht werden zeigen müssen. Die Kompromißvorschläge, welche Prinz Hohenlohe den Parteiführern mitgeteilt hat, schließen die lange Periode der Generaldebatten, welche nicht nur im Parlament, sondern in allen politischen Körperchaften des Reiches über die Wahlreform geführt wurden, ab und drängen die Parteien zu klaren und offenen Beschlüssen. Die erste Partei, welche die Kompromißvorschläge des Prinzen Hohenlohe mit einer Gegenerklärung erwidert hat, sind die Tschechen, und ihre Antwort ist ein deutliches: Nein. Die Tschechen wollen das Kompromiß nicht aus der Hand des Ministerpräsidenten Prinzen Hohenlohe annehmen, trotzdem ihnen dasselbe nun ein Mandat mehr als das Kompromiß des Herrn v. Gautsch bietet, für welches ihre Zustimmung bereits gesichert war. Die kleine Besetzung in dem Verhältnisse der deutschen zu den slavischen Mandaten, die Herabsetzung der Spannung von fünf auf drei ist anscheinend für die Tschechen ein ausreichender Vorwand, um sich von der Wahlreform, deren eifrigste Vorkämpfer sie aus Parteirücksichten und aus nationalen Gründen bisher waren, zurückzuziehen. Als unannehmbar wird von den Tschechen auch die Aufnahme einer Bestimmung in die Wahlreformvorlage bezeichnet, durch welche jede Aenderung der Wahlkreiseinteilung an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit gebunden wird. Ebenso wie bei dem Abschlusse des mährischen Ausgleichs wollen die Deutschen in dem schicksalsschweren Augenblick wo sie sich aus freien Stücken in eine unabänderliche Minoritätsstellung zurückziehen, sich für die Zukunft gegen eine weitere Einengung derselben schützen. Die Wahlkreiseinteilung, das ist die nationale Aufteilung der Mandate, soll niemals von den slavischen Parteien allein, sondern nur in dem Falle geändert werden können, wenn ein beträchtlicher Teil der deutschen Abgeordneten einer solchen Aenderung zustimmt. Der Ministerpräsident hat die Berechtigung dieser von den Deutschen erhobenen Forderung anerkannt, und da auch andere Parteien, vor allem die Polen, die Aufnahme der erwähnten Bestimmung in das Gesetz vertreten, wird der Wahlreformauschluß wohl in dem Sinne entschieden.

Die Frage, welche durch die Ablehnung des Kompromisses seitens der Tschechen aufgeworfen wird, lautet: Werden die Tschechen aus der Ablehnung des Kompromisses weitere, die Wahlreform selbst treffende Konsequenzen ziehen oder werden sie es gelassen, wenn zuerst die Majorität des Ausschusses, dann die des Hauses gegen sie entscheidet? Man ist geneigt, dem Beschlusse der tschechischen Führer die mildere Deutung zu geben. Die Tschechen haben sich nicht aus Schwärmerei für das allgemeine, gleiche Wahlrecht erklärt, sondern als praktische Politiker. Die Wahlreform bringt ihnen im Verein mit den anderen slavischen Parteien die Majorität. Deshalb ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht bei den Tschechen eine nationale Forderung, hinter der alle Klassen des tschechischen Volkes stehen, und eine Gefährdung der Wahlreform durch die tschechischen Abgeordneten würde diese mit einer Verantwortung belasten, die sie zu fürchten hätten. Ein anderer gewichtiger Grund, der irgend eine ernste Aktion der Tschechen gegen die Wahlreform nicht besorgen läßt, liegt in dem Kompromiß selbst, welches die Gesamtzahl der tschechischen Mandate noch um drei, und zwar auf 102, erhöht. Nachdem die Tschechen sich dem Herrn v. Gautsch bereits mit einer Zahl von 101 Mandaten einverstanden erklärt hatten, würden sie sich nunmehr dem Vorwurfe einer persönlichen und unethischen Politik aussetzen, wenn sie ein ihnen günstigeres Kompromiß zum Ausgangspunkt einer Aktion gegen die Wahlreform nehmen sollten. Aus allen diesen Erwägungen glaubt man in der Ablehnung des Kompromisses nur einen taktischen Zug des Tschechenklubs, aber nicht eine wirkliche Bedrohung der Wahlreform erblicken zu sollen.

Die Kompromißvorschläge tragen auch den Wünschen und Forderungen der Deutschen nur in einigen Punkten Rechnung. Die Zahl der deutschen Mandate wird nur in demselben Ausmaße erhöht wie die der Slaven, so daß sich das Verhältnis der polnischen, tschechischen und süd-slavischen Mandate zu der deutschen Mandatszahl nicht im geringsten ändert. Die Herabsetzung der Spannung von fünf auf drei ist nur eine Folge der Erhöhung der italienischen Mandatszahl von 16 auf 18. Der deutsche Wahlbezirk in Krain wird nicht geschaffen — er ist dem Einspruch des Abgeordneten Dr. Susterse zum Opfer gefallen und die deutsche Minorität in Krain bleibt ohne Vertretung. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten haben eine auch relative Erhöhung ihrer Mandatszahl nicht erwirken können. Die Vermehrung ist für sie wie für die Tschechen die gleiche. Von den 122 Mandaten Böhmens werden 50 auf die Deutschen, 72 auf die Tschechen entfallen. Die Deutschen in Mähren und in Schlesien erhalten je ein neues Mandat. Die anderen neu hinzukommenden deutschen Mandate verteilen sich wie folgt: Wien fünf, das flache Land in Niederösterreich fünf, Linz und Salzburg je eines, die deutschen Landgemeinden in der Bukowina ein Mandat. Wien wird demnach statt 28 (nach der tschechischen Vorlage) 33 Abgeordnete in den Reichsrat entsenden.

Auch die deutschen Parteien werden gegen Einzelheiten in den Vorschlägen des Prinzen Hohenlohe Einwendungen erheben. Aber wenn einmal die entscheidenden Abstimmungen im Ausschusse erfolgen werden, wird es für jedermann unzweifelhaft sein, daß die Ablehnung der Kompromißvorschläge auch die Ablehnung der Wahlreform bedeutet, und darnach werden die Parteien ihr Votum einbringen. Und weil über die Bedeutung einer solchen Abstimmung Zweifel nicht bestehen, wird man vorerst noch die weitere Entwicklung im Tschechenklub abwarten müssen, ehe man annimmt, daß diese Partei zugleich mit dem Kompromiß auch die Wahlreform abzulehnen gesonnen ist.

### (Telegramme.)

\* Wien, 26. Mai. In der Sitzung des Wahlreformauschusses erklärte der Ministerpräsident, er unterbreite eine Reihe von Anregungen, die er für geeignet halte, eine Vermittlung anzubahnen. Nach diesen Anregungen soll die Gesamtzahl der Abgeordneten gegenüber der tschechischen Vorlage um 40 vermehrt werden. Weitere Vorlagen beziehen sich auf eine Aenderung der Art der Reichsratswahlen und der Stichwahlen.

Durch die Vermehrung der Abgeordneten würde deren Zahl auf 495 anwachsen. Von den 40 neuen Mandaten entfallen 18 auf die Deutschen, 14 auf die Polen, 4 auf die Tschechen, 2 auf die Italiener, während den Ruthenen u. den Rumänen in der Bukowina je ein neues Mandat zugewiesen wird. Der slavische Block würde danach 249, der deutsch-romanische 246 Mitglieder umfassen.

\* Wien, 25. Mai. Während die Delegationswahlen im Parlament ohne Zwischenfall vor sich gingen, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und einer Abteilung Delegierter des Kongresses der Handel- und Gewerbebetreibenden Oesterreichs, die im benachbarten Rathaus eine Versammlung gegen die Konsumvereine abhielten und unter Vorantragung einer schwarzgelben Fahne ins Parlament ziehen wollten. Die sich schnell ansammelnde Menge durchbrach die Schutzmannsreihe und zertrümmerte die Glasscheiben des inzwischen geschlossenen Hauptgittertores des Parlaments. Unter der Menge befanden sich Bürgermeister Queger und der Abgeordnete Steiner, welcher letzterer durch Glasscherben an der Hand verletzt wurde. Nachdem die Rückgabe der konfiszierten Fahne zugesagt war, zerstreute sich die Menge.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 25. Mai.

Abg. v. Gerlach (fr. Bgg.) bespricht, fortfahrend, den Fall des Regierungsrates Martin, der ein Buch über die Finanzen Rußlands verfaßt hat.

Abg. Müller-Sagan (fr. Bp.) führt aus: Die Landwirtschaft verleierte das Brot und schlebe den Vätern die Schuld zu.

Eingegangen ist ein Antrag Müller-Sagan, in den Hauptetat 100 000 M. zur Unterstützung der Syphilisforschung einzustellen und die in dem Nachtragsetat geforderte gleiche Summe zu streichen.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (konf.) bespricht die Wohnungs- und Baubehältnisse in Ostpreußen (Ostpreußen).

Abg. Böttger (natl.) wünscht den Ausbau des gewerblichen Rechtsschutzes.

Abg. Bernheim (Soz.) bespricht die Verhältnisse, die zu den Breslauer Krawallen führten. In den ganzen Krawallen ist die Polizei schuld. Die Polizei sei in geradezu wahrer sinniger Wut vorgegangen. Redner spricht von dem Arbeiter, dem die Hand abgehauen wurde und wird, als er den Polizeipräsidenten von Breslau einen Banditen nennt, zur Ordnung gerufen. Auf die Bemerkung, daß das System der Breslauer Polizei darin bestehe, die Schulleute zu verheizen, wird der Redner zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Redner erhebt namens der deutschen Arbeiterchaft Protest gegen die Fälle, wie sie in Breslau vorgekommen sind und schließt: Irret Euch nicht! Die deutsche Arbeiterbewegung läßt sich nicht spotten!

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky: Die Polizei ist unbedingt lediglich Sache der Einzelstaaten. Der Reichskanzler und sein Stellvertreter können sich nicht in tausend Einzelheiten der preussischen Verwaltung einmischen. Von dem preussischen Minister des Innern kann nicht verlangt werden, daß er sich im Reichstage sozusagen auf die Anklagebank setzt und Auskunft gibt, welche Maßregeln Preußen getroffen hat. Würde der preussische Ministerpräsident aber an der Stelle, die maßgebend ist, gefragt werden und Auskunft geben, wo würden weitere Teile des deutschen Volkes ein ganz anderes Bild erhalten. Ich gebe zu, daß es nicht zu vermeiden ist, daß bei öffentlichen Krawallen Unschuldige mit Schuldigen leiden. Ich gestehe auch zu, daß sehr häufig Unschuldige leiden, weil die Schuldigen flug genug gewesen sind, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Aber die öffentliche Ruhe muß aufrecht erhalten werden und die Polizeibeamten sind auch Menschen. Denen die Nerven einmal reißen können. Es ist auch erklärlich, daß in Breslau Patronen gefunden wurden, aber die von Bernheim auf den Tisch des Hauses niedergelegte Patrone — Redner zeigt dieselbe — wurde niemals abgeschossen. (Stürmische andauernde Heiterkeit.) Was den Fall Martin betrifft, sieht die Sache so: Die Berliner Beamtenvereinigung gibt ein Organ heraus, in welchem die Ankündigung des Martinischen Buches mit der Bemerkung erschien: Das Buch ist ein nationales und politisches Ereignis. Die Berliner Beamtenvereinigung gehört zum Verband der deutschen Beamtenvereinigungen, dessen Vorsitzender der Unterstaatssekretär Wermuth ist. In dem genannten Verbands ist statutenmäßig jede Politik ausgeschlossen. Wermuth, als Vorstand des Verbandes, forderte deshalb den Herausgeber des Organs auf, die Ankündigung nicht weiter aufzunehmen. Dazu hatte er das allervollkommenste Recht. Am übrigen ist die Angelegenheit Martin Gegenstand einer Disziplinaruntersuchung. Ich bin nicht geneigt, darüber Auskunft zu geben. (Bravo.)

Abg. Raden (Ztr.) befragt über Unterstützung des deutschen Reichsfeuerwehrverbandes.

Abg. v. Oldenburg (konf.): Angesichts der Tatsache, daß Bernheim den Polizeipräsidenten von Breslau einen Banditen nannte, daß General v. Trotha von einem Sozialdemokraten als Mordmörder bezeichnet und ein Offizier, Herr v. Noon, der durch den höchsten Kriegsorden ausgezeichnet wurde, noch 16 Jahre nach dessen Tode der Freigabe bezichtigt wurde, ärgert es mich nicht besonders, daß ich von einem sozialdemokratischen Blatte als blutrünstiger Stollknicht von Janischau bezeichnet wurde. Es fehlt mir der parlamentarische Ausdruck, um die Hochachtung auszudrücken, die ich für Sie (zu den Sozialdemokraten) empfinde. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Grafen Posadowsky darauf lenken, daß seit einiger Zeit einzelne Bundesstaaten dabei sind, ihre Verfassung auf radikalster Basis umzugestalten, ohne sich mit Preußen in Verbindung zu setzen. Das bedeutet eine Verschiebung der ganzen Basis, auf welcher das Deutsche Reich gegründet ist. Es wurde auch zur Sprache gebracht, der Erbe der bayerischen Krone habe geäußert, daß auch für Bayern das allgemeine Wahlrecht wünschenswert sei. Das ist insofern nicht tragisch zu nehmen, als der Thronfolger nicht verantwortlich für die Regierung ist und Thronfolger anders denken, wenn sie die Verantwortung tragen. (Große Unruhe links.) Es wäre gut, wenn vielleicht den anderen Staaten des Deutschen Reiches die Geschichte der Entstehung des Königreichs Preußen vor Augen geführt werden könnte. Das König-

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

reich Preußen ist nicht entstanden, indem es populären Volksanschauungen Rechnung trug.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Graf Lerchenfeld: Der Vorredner sprach über alles Mögliche und Unmögliche. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Zu diesem Unmöglichen rechne ich keine Neuerungen über die Verfassung der Einzelstaaten. Er verlangte, daß diese Staaten, ehe sie Änderungen an ihrer Verfassung vornehmen, Preußens Erlaubnis nachsuchen. Die preussische Regierung würde es ganz entschieden ablehnen, Antwort zu geben. Die preussische wie die bayerische Regierung steht auf dem Boden der Reichsverfassung, sie weiß, was ihr gebührt und weiß, was dem Reich und was den anderen Bundesstaaten gehört. Diejenigen Bundesstaaten, welche glauben, ihre Verfassung ändern zu müssen, handeln nach ihrem Recht und nach ihrer Pflicht, und lassen sich darin von Niemanden Vorschriften machen (Lebhafter Beifall). Damit will ich mich begnügen, um der ganzen Rede des Vorredners durch eine zu lange Ausführung keine Bedeutung zu geben. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Abg. Körwintzel (natl.) spricht sich gegen die sozialdemokratische Resolution betr. Unfallverhütung im Bergwerksbetriebe aus. Derartige allgemeine Bestimmungen wälzten nur die Verantwortung auf die unteren Stellen. Der Resolution des Zentrums stimmen wir zu.

Abg. Sachse (Soz.) bemängelt das Fehlen von Rettungs- und Feuerlöschapparaten in den Gruben. Die Schuld an dem schlechten preussischen Bergarbeitergesetz trage das Zentrum. Denn wäre das Zentrum fest geblieben, hätte der Bundesrat nicht umhin gekonnt, die Sache reichsrechtlich zu regeln. Dem Vorredner wird dem Abg. Erzberger bewußte Unwahrheit vor und wird zur Ordnung gerufen.

Abg. Giesberts (Ztr.) weist die vom Vorredner gegen seine Partei erhobenen Vorwürfe zurück.

Abg. Dieber (natl.) schiebt sich den Ausführungen des Grafen Lerchenfeld hinsichtlich der Verfassungsänderungen in süddeutschen Staaten an. Neuerungen, wie sie v. Oldenburg getan habe, können sehr gefährlich werden für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der einzelnen Bundesregierungen (Beifall links).

Abg. Herzfeld (Soz.) bespricht die Seemannsordnung, deren Verbesserung dringend notwendig sei.

Abg. Erzberger (Ztr.): Reden wie sie Oldenburg gehalten, machen Preußen in Süddeutschland nicht beliebt.

Abg. Wallau (natl.) wünscht bessere Ausgestaltung des Wetterdienstes unter Berücksichtigung von Frankfurt a. M.

Abg. Bernstein (Soz.) kommt nochmals auf die Angelegenheit der Breslauer Krätze zurück, die durchaus nicht eine preussische Angelegenheit seien, sondern das ganze Reich inter-  
essiere.

Am Laufe der weiteren Debatte erklärt Staatssekretär Graf Poladowski noch zu der Angelegenheit Martin, daß die Regierung nichts zu verhandeln habe. Eine Drohung gegen den Verleger Martins sei nicht erfolgt.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Giesberts (Ztr.) betr. Unfallvorschriften in den Bergwerken wird angenommen.

Auf Anregung Dahlems (Ztr.) erklärt Unterstaatssekretär Wermuth: Photographische Aufnahmen des Wiederwaldentwaldens seien gestattet.

Hierauf wird der Etat des Reichsamts des Innern angenommen.

Nächste Sitzung morgen um 11 Uhr: Bertragsantrag, Handelsvertrag mit Schweden, Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 8 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 26. Mai.

Präsident Graf Ballesström eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Auf eine vom Stellvertreter des Reichskanzlers eingegangene Anfrage, betreffend Vertagung des Reichstages bis 13. November wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Es folgt die zweite Beratung des Handelsvertrags mit Schweden. Dazu beantragt die Kommission die Annahme zweier Resolutionen, nämlich: 1. Beim Abschluß neuer Handelsverträge keinesfalls in eine Ermächtigung der Zollsäße des geltenden Generaltarifs zu willigen, welche unter die bereits in den abgeschlossenen Handelsverträgen zugewilligten Zollherabsetzungen heruntergeht, den wirtschaftlichen Ausschuß zur Vorberatung von Handelsverträgen künftig vor Abschluß neuer Handelsverträge einzuberufen und den wirtschaftlichen Ausschuß alsbald derartig zu ergänzen, daß alle Interessen der deutschen Produktion gleichmäßig darin vertreten sind; 2. dahin zu wirken, daß zugunsten der heimischen Preiselbeerproduktion, der Valfalt- und Pflastersteindustrie ungefümmte Eisenbahnausnahmetarife in den einzelnen Bundesstaaten eingeführt werde.

Der Handelsvertrag wird darauf in zweiter Lesung angenommen, nachdem auf eine Anfrage des Grafen Schwerin-Löwis Graf Poladowski erwidert hatte, „ich betrachte unseren Konventionaltarif als abgeschlossen; Änderungen sind nur insofern möglich, als es sich um Spezialitäten anderer Länder handelt, die den heimischen Artikeln keine unmittelbare Konkurrenz machen. Ferner soll zu dem Abschluß neuer Handelsverträge der wirtschaftliche Ausschuß gehört werden. Der Ausschuß soll ferner durch Vertreter der Interessen aller Produktionen ergänzt werden.“

Das Haus vertagt sich darauf bis 1 Uhr mittag. Dritte Beratung des schwedischen Handelsvertrages.

### Aus den Kolonien.

(Telegramme.)

\* Kapstadt, 26. Mai. Der Führer der aufständischen Gontentotten, Mowenga, ist nach Kapstadt gebracht worden. Er soll in Tokai, einem Dorfe in der Nähe von Kapstadt, interniert werden.

\* Berlin, 26. Mai. Die Budgetkommission des Reichstages nahm die Position des Ergänzungsetats von 500 000 M. zu Hilfeleistungen aus Anlaß der Verluste infolge des Aufstandes in Südwestafrika mit dem Antrag Gröber an, worauf die Position wie folgt gefaßt wird: Zur Gewährung von Beihilfen an ausgediente Angehörige der Schutztruppe und an wehrpflichtige

Reichsangehörige, welche als Landwirte sich daselbst niederlassen wollen.

\* Hamburg, 25. Mai. Mit dem Postdampfer „Alexander Bormann“, der heute nachmittag aus Deutsch-Südwestafrika zurückgekehrt ist, kamen 17 Offiziere und höhere Militärbeamte, sowie 200 Unteroffiziere und Mannschaften, darunter 13 Verwundete, in die Heimat zurück.

### Ausstände.

(Telegramme.)

\* Hannover, 26. Mai. Nachdem die Kommission der Arbeitgeber der hiesigen Metallindustrie es abgelehnt hat, über die Frage der Lohnerhöhung für die Formier- und Gießerarbeiten zu verhandeln, beschloffen diese gestern in einer stark besuchten Versammlung, im Kampfe auszuharren.

\* Breslau, 26. Mai. Die streikenden Bergleute der schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg beschloffen, den Streik abzubereiten und die Arbeit unter den von der Direktion gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen. Die Einfahrt erfolgt heute abend in vier Gruppen.

### Die Demission des schwedischen Kabinetts.

(Telegramme.)

\* Stockholm, 25. Mai. Am Schlusse der vergangenen Woche hatte das Ministerium einschließlich der beiden inzwischen zurückgetretenen Minister das Ansuchen an Seine Majestät den König gerichtet, wegen der abweichenden Beschlüsse beider Kammern in der Wahlrechtsfrage, Neuwahlen zur Zweiten Kammer auszusprechen, um den Wählern Gelegenheit zu geben, sich über den von der Ersten Kammer angenommenen Wahlrechtsentwurf auszusprechen. Die Minister hatten hinzugefügt, daß, wenn der König dem Ansuchen nicht entspreche, das Kabinetts sich genötigt sähe, seine Demission zu geben. Nach reiflicher Erwägung antwortete heute der König, daß er das Ansuchen des Kabinetts nicht annehme und Neuwahlen zur Zweiten Kammer nicht auszusprechen könne, weil er ein solches Vorgehen weder als logisch, noch als parlamentarisch richtig ansehe. Infolge hiervon reichten sämtliche Mitglieder der Regierung ihr Abschiedsgesuch ein. Der König erwiderte dem früheren Staatsrat A. Petersen, eine neue Regierung zu bilden. Dieser lehnte das Anerbieten jedoch ab. Darauf übertrug der König dem Generaldirektor des Telegraphenwesens, Lindmann, die Bildung des neuen Kabinetts.

### Aus dem englischen Parlament.

Die Abrüstungsfrage.

\* London, 25. Mai. Oberhaus. Lord Avebury richtete eine Anfrage an die Regierung, ob irgendwelche Schritte geschehen sind zur Ausführung der vom Premierminister Campbell-Bannerman in seiner Rede vom 22. Dezember gegebenen Anregung betr. die Einschränkung der Rüstungen. Der Zeitpunkt sei günstig, um etwas in dieser Richtung zu tun, da Rußland Ruhe bedürfe. Ueberdies habe ja auch der russische Kaiser das Haager Schiedsgericht zu einer Zusammenkunft eingeladen. Frankreich sei ebenfalls geneigt, Italien sei ebenfalls nicht für einen Krieg gestimmt, während Oesterreich-Ungarn seit langem schon seinen Einfluß für den Frieden geltend mache. Was Deutschland angehe, könne er von Großhandelskreisen sagen, daß sie genau so gut wie die Engländer wüßten, daß die vornehmsten beiderseitigen Interessen dieselben seien, daß der Friede für beide Teile das Wichtigste sei, und daß ein Krieg, wie er auch enden möge, für beide Teile gleich schadenbringend sein würde. Weiterhin müsse die Verbreitung des Sozialismus und das unheilvolle Auftauchen des Anarchismus die Regierungen daran mahnen, daß die Lage der arbeitenden Klassen in Europa unerträglich werde. Soviel er wisse, stehe Rußland im Begriff, für die Flotte 50 Millionen auszugeben. Falls es irgend einer Abmachung beiträte, könne es wohl die Hälfte der Ausgaben sparen.

In der Debatte betonte der ständige Untersekretär des auswärtigen Amtes Sanderson, daß große Mühsungen nicht so sehr einer aggressiven Absicht als vielmehr einem Gefühl der Unsicherheit und dem Entschlusse, auf alle Fälle vorbereitet zu sein, entsprängen.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Fitzmaurice, erklärte hierauf, die Regierung hoffe, daß es ihr im nächsten Jahre möglich sein werde, einige Verminderungen der Ausgaben vorzunehmen durch Änderung der für Kriegszwecke notwendigen Anlagen. Redner weist weiter auf die Schwierigkeit hin, einen einseitigen Maßstab zur Herabminderung der Rüstungen zu erzielen und einen Gerichtshof zu finden, der zu entscheiden hätte, ob dieses einseitige Prinzip von allen in Betracht kommenden Mächten richtig angewendet werden sei. Ich möchte die Schwierigkeiten der Sache nicht unterschätzen. Ich habe vor kurzem wahrgenommen, daß ein deutsches Blatt, welches die Erklärung des Staatssekretärs Sir Edward Grey in feineswegs sehr absprechendem Geiste bespricht, äußerte, wir sollten uns vor Augen halten, daß eine Herabsetzung der Rüstungen für die Völker, die am Rande des europäischen Kreises liegen, leichter sei als für die in der Mitte liegenden. Ich möchte dies nicht in Abrede stellen und auch die Tatsache übersehen, daß die großen Rüstungen, die in Deutschland bestehen und fast ein Jahrhundert bestanden, ihren Ursprung in einer Generation haben, die Berlin noch von feindlichen Armeen besetzt gesehen hat. Uns sind, und das nicht durch ein besonderes Verdienst von unserer Seite, solche Heimfahrungen erpart geblieben, und es ist nicht unsere Sache, über andere zu Gericht zu sitzen, aber wir können, während wir die vorhandenen Schwierigkeiten anerkennen und versuchen, die Lage der anderen zu verstehen, Einspruch erheben gegen jede weitere Vermehrung der Rüstungen durch irgend eine europäische Macht unter dem irrthümlichen Eindruck, daß wir versuchen, Vorbereitungen zu irgend einem großen Schlag zur See oder zu einer Angriffskriegsaktion zu treffen, und daß die fremden Völker genötigt seien, noch weiter zu rüsten, um sich nicht allein gegen alle, sondern auch gegen neue unerwartete Gefahren, die von uns kämen, zu schützen. Ich hege die Zuversicht, daß die heutige Debatte als eine Einladung an die anderen Länder auf-

gefaßt werden möge, unserer Aufforderung zugunsten einer Herabsetzung der Rüstungen zu entsprechen. Die Regierung lehnt es ab, sich daran hindern zu lassen, daß sie, sei es vor, sei es während der Haager Konferenz, irgendwelche Vorschläge macht, falls die Zeit dazu günstig ist.

Nach dem Unterstaatssekretär ergreift Marquis of Lansdowne das Wort und sagt: Wir sollten es uns überlegen, ehe wir annehmen, daß wirklich die Zeit gekommen ist, wo wir es wagen können, vorauszusetzen, daß die anderen Mächte zu einer allgemeinen Abrüstungsmaßnahme schreiten werden. Redner gibt sodann seiner Genugthuung Ausdruck über die Erklärung Grey über die hoffnungsvolle Gestaltung der Beziehungen Großbritanniens zu Rußland. Nach dem Abkommen mit Frankreich werde nichts mehr befriedigen können, als eine Verständigung auf ähnlichen Linien mit einer Nation, die mit Frankreich verbündet sei und von einem Herrscher regiert werde, der jederzeit gezeigt habe, wie sehr ihm die Sache des internationalen Friedens am Herzen liege.

Vord-Siegelbewahrer Marquis of Ripon erklärt, er mache einen Unterschied zwischen Einschränkung der Ausgaben und Abrüstung. Wenn die Regierung auch ihr Möglichstes zur Beschränkung der Ausgaben zu tun bereit sei, so sei es andererseits ihre Pflicht, für die Sicherheit des Reiches im weitesten Maße Vorkehrungen zu treffen.

### Bur Lage in Rußland.

Die Reichsduma.

\* St. Petersburg, 26. Mai. Die Beantwortung der Adresse der Reichsduma durch den Ministerpräsidenten Goremykin erfolgte gestern nicht, da, wie verlautet, dem Ministerpräsidenten die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers noch nicht zugegangen war. Dagegen wird mitgeteilt, daß der Ministerpräsident heute nachmittag 3 Uhr in der Sitzung der Duma die Antwort auf die Adresse vorlesen wird, welche die gesetzgebriichen Abfichten der Regierung darlegt.

\* St. Petersburg, 26. Mai. Die Sitzung der Duma wurde gestern mittag um 2 Uhr 25 Min. eröffnet. Auf der Tagesordnung standen die Wahlprüfungen und die Unantastbarkeit der Person. Der Präsident teilte mit, daß 262 Wahlen, also über die Hälfte, von der Duma bestätigt seien. Hierauf begann die Beratung über den Gesetzentwurf, betreffend die Unverletzlichkeit der Person, der nur auf die Tagesordnung gesetzt war, um ihn einer Kommission zu überweisen. Abg. Nowgorodzew wies darauf hin, daß der Entwurf in zwei Teile zerfalle, einen positiven und einen negativen, von denen der erstere die Sicherung der Unantastbarkeit der Person, der letztere die Aufhebung der Beschränkungsgeetze betreffe. Der polnische Abg. Nowodwarski hielt die Aufhebung aller zeitweiligen Beschränkungsgeetze für nötig, die die Autorität der Gesetze untergrüben, denn die zeitweiligen Gesetze hätten in Rußland die Tendenz, sich in ständige zu verwandeln u. die in Polen 1876 erlassenen zeitweisen Gesetze seien noch heute in Kraft. Abg. Rosenbaum-Minsk hielt es für falsch, die Kollegalgerichte mit der Wahrung der Unantastbarkeit zu betrauen, weil es nicht in der Möglichkeit der Gerichte sei, die Aufgabe zu erfüllen; praktischer sei es, diese Aufgabe der Staatsanwaltschaft zu übertragen. Abg. Aladin hielt die Beratung des Entwurfs für verfrüht, weil eine Lesung desselben noch nicht erfolgt sei. Der Präsident erklärte, es handle sich nur um die Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission, der die Beratung als Direktive dienen soll. Die Sitzung wurde um 7 Uhr abends geschlossen, nachdem noch zahlreiche Redner gesprochen hatten. Die Debatte über die Frage der Unverletzlichkeit der Person wird heute nachmittag 2 Uhr fortgesetzt werden. Gleich nach Beendigung derselben wird die Debatte über die Agrarfrage beginnen.

\* St. Petersburg, 25. Mai. Der in der Duma eingebrachte Gesetzentwurf betr. die Unantastbarkeit der Person ist darauf gerichtet, die Bürger vor der Polizeiaufsicht und der Beschränkung des Aufenthaltswortes, ferner vor dem Eindringen der Polizei in die Wohnungen zum Zwecke von Haus-suchungen und unbefugtem Öffnen von Briefen zu schützen. Der Entwurf tritt für das Recht der Bürger ein, vor die allgemeinen und nicht vor die Ausnahmegerichte gestellt zu werden, und gesteht der Polizei die Befugnis zu, im Interesse der öffentlichen Ordnung und Ruhe Verhaftungen vorzunehmen, jedoch nur unter der Kontrolle der Gerichte.

\* St. Petersburg, 26. Mai. Der Ministerpräsident Goremykin kehrte gestern abend spät aus Petersburg zurück, wo er die Erklärung, die er heute vor der Duma abgegeben wird, Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegt hatte. Die Hauptpunkte der Erklärung sind nach Zeitungsmeldungen folgende: Den Terroristen kann unter keinen Umständen Amnestie gewährt werden. Wegen politischer Vergehen auf administrative Wege Verhaftete werden befreit, in Anklagezustand Versetzte werden dem Gericht übergeben. Der Kriegs- und Ausnahmezustand kann nicht aufgehoben werden. Das Prinzip der Unantastbarkeit des Privateigentums wird bei der Lösung der Agrarfrage aufrecht erhalten. Zur Aufbesserung der Lage der Bauern sind die Kron- und Kabinettsländereien zu benutzen. In der oppositionellen Presse ist schon heute wegen der Erklärung eine erregte Stimmung bemerkbar.

\* St. Petersburg, 25. Mai. In den Wandelgängen der Duma wird heute ein seit gestern umgehendes Gerücht bestätigt, wonach die Ernennung Schipow zum Ministerpräsidenten, des Fürsten Uruslow zum Minister des Innern und des Grafen Seyden zum Unterrichtsminister bevorsteht. Schipow und Seyden ge-

hören dem Verband vom 30. Oktober an, Fürst Urussov seiner Partei.

\* Petersburg, 26. Mai. Der Generalgouverneur von Sieio erhielt vom Minister des Innern die Anweisung, daß Stra...

\* Tschita, 26. Mai. Das Gericht verurteilte den Generalgouverneur des Transbaikalgabietes, General Goltzschewnikow, wegen Ueberschreitung seiner Kompe...

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 26. Mai.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hatte heute vormittag verschiedene Besprechungen und nahm den Vortrag des Majors von Ninius entgegen. Um 12 Uhr meldete sich Hauptmann Freiherr Hans Eder Herr zu Putz...

Nach der Frühstückstafel unternahm die Höchsten Herrschaften eine Ausfahrt. Später hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, sowie die Kronprinzessin von Schweden nahmen an der Abendstafel der Erbherzoglichen Herrschaften teil.

\* (Wohltätigkeitsfest zugunsten der Hoftheaterpensionisten.) Die Vorberingung von Plänen für die Theateraufführung beim bevorstehenden Wohltätigkeitsfest zugunsten der Hoftheaterpensionisten ist erfreulicherweise in stetigem Steigen begriffen. Sowohl für die erste Aufführung am 19. Juni, als auch für die zweite am 20. Juni sind von hier wie von auswärts (Kortheim, Baden-Baden, Mannheim) bereits zahlreiche Bestellungen bei der Verwaltung des Großtheaters eingelaufen. Der Termin für die Vorberingung läuft am 4. Juni ab. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Lösung einer Eintrittskarte für die Theateraufführung bis zum Preise von 4 Mk. (inkl.) herab zugleich zum unentgeltlichen Besuch des Großtheatergebäudes und Botanischen Gartens vor und nach der Vorstellung berechtigt, wofür von den Nichttheaterbesuchern ein Eintrittsgeld von 3 Mk. und von den Inhabern der billigeren Plätze (unter 4 Mk.) ein Supplement von 1,50 Mk. erhoben wird. Der Tag der Abholung der bestellten Karten wird demnächst bekannt gegeben werden.

\* (Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung Karlsruhe.) Für die in der 2. Hälfte des Monats September in Karlsruhe anlässlich der goldenen Hochzeitsfeier des badischen Großherzogspaares stattfindende Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung gibt sich im ganzen badischen Lande und weit über die Grenzen desselben hinaus ein reges Interesse kund, so daß eine sehr starke Besichtigung derselben zu erwarten ist. Am letzten Sonntag fand in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrat Glaser eine Versammlung des Hauptauschusses statt, in welcher über den bisherigen Stand der Ausstellungsarbeiten Bericht erstattet wurde. Herr Stadtratsdirektor Nies gab unter Vorlegung der nunmehr fertiggestellten Pläne ein umfassendes Bild des Projektes, das in allen seinen Teilen vorzüglich durchdacht ist und dem ein glänzendes Gelingen gesichert sein dürfte. Die Ausstellung wird von der Stadt Karlsruhe in Verbindung mit dem Verein selbständiger Handelsgärtner Badens veranstaltet und ist ihr auch die tatkräftige und finanzielle Unterstützung der Regierung gesichert. Zur rationellen Durchführung der Arbeiten wurden ein enger geschäftsführender Ausschuss, sowie ein Preisauschuss gewählt. An diejenigen badischen Gärtner, welche bis jetzt noch nicht ihre Beteiligung an der Ausstellung angemeldet haben, ergeht der Aufruf, dies umgehend zu tun, denn es ist Ehrensache des badischen Gärtnerstandes, die Ausstellung zu einer würdigen zu gestalten.

\* (Im Großherzoglichen Landesgewerbeamt) sind zur vorübergehenden Ausstellung neu zugegangen: Von Otto Frank in Lahr: 4 Zimmertischlöcher ohne Verchluss und Zubehaltung. Von Karl Wüchle in Karlsruhe: 1 Kollektion von Westartikeln und Seidenstoffe. Von Wacker u. Thiem in Anglingen: 1 tragbarer Acetylenapparat, 1 Hängelampe, 2 Tischlampen. Von J. Ziegler vorm. E. Brunner in Wildberg: Vacua-Gewebe, — Ertrag für Rohr- und Drahtgeflecht für Wand- und Dedenverputz-Zwischenschwände. Von C. u. E. Fein in Stuttgart: 1 Supporischiefmotor mit Zubehör. Von Gustav Drehpring in Jena: Reform-Febermaschinen mit austauschbaren Gliedern. Von Daucher u. Wanz in Feuerbach: 1 Spannzwinne mit Erzeugerpannung. Von Barthel u. Ziegler in Ziegenrück i. Thür.: 1 Antornapparat. Von C. A. Schietrup in Gie. in Jena: 1 Gasco-Schraubenzieher. Von der Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asbest-Fabrik, Aktiengesellschaft in Mannheim: 2 Paar Leiterstufen. Von Ludwig Kuhn in Rastatt: 1 Diplomaten-Schreibstift.

\* (Hilfsverein für entlassene Geistesranke.) Am Mittwoch den 30. Mai findet abends 6 Uhr im großen Rathhause auf Einladung der Vorstände der badischen Irrenanstalten und Altkinder: Dr. J. Fischer, Dr. M. Fischer, Dr. Gaardt, Dr. Hoch, Dr. Nihil und Dr. Schüle die konstituierende Versammlung zur Gründung eines Hilfsvereins für entlassene Geistesranke statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein einleitender Vortrag über den Zweck des Vereins und die Mittel zur Erreichung desselben von Medizinalrat Dr. Barbo-Wortzheim, die Beschlusfassung über die Vereinsstatuten und die Wahl des Ausschusses.

\* (Aus dem Polizeibericht.) In letzter Zeit wurden mehrere Streikende wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt, weil sie Arbeitswillige beschimpften und bedrohten. — Ein Hausbesitzer aus Neheim stahl in der Nacht zum 22. d. M. einem Kleinkind 70 Mk. und ging damit flüchtig. — Am 23. d. M. wurde in der Zurladerkolle ein Damenrad, Opel-Mark, mit der Fahrrahmennummer 200 147 und der Fahrrahmennummer 19 327 Karlsruhe im Werte von 130 Mk. gestohlen. — Ein Kaufmann und Agent aus Niederrieden, der von den Staatsanwaltschaften Frankfurt a. M. und Heidelberg wegen Urkundenfälschung und Betruges verfolgt wird und deshalb vor einigen Ta-

gen verhaftet wurde, hat, wie sich hinterher herausstellte, auch einer hiesigen Firma, bei der er ausbilsweise beschäftigt war, 104 Mk. Kundengelder unterschlagen. — Eine Dienstmagd aus Eberbach, die sich am 22. d. M. bei einer Familie in der Waldstraße einstellte, stahl nachts Kleidungsstücke und Schulsachen im Betrage von 110 Mk. — Gestern abend stürzte in der Südenstraße ein 64-jähriger Mann infolge starker Trunkenheit zu Boden und zog sich außer Hautabschürfungen im Gesicht eine fast blutende Wunde am linken Auge zu, so daß er von einem Schutsmann ins neue Vincentiushaus verbracht und dort verbunden werden mußte. — Gestern abend gegen 7 Uhr wurde vor dem Hauptbahnhof ein hiesiger Droischenfischer, der stark angetrunken von einer auswärtigen Bedienung auf dem Galteplatz kam, von einem dort haltenden anderen Droischenfischer mit der Faust verarzt geschlagen, daß er zu Boden fiel und Verletzungen am Hinterkopfe erlitt.

\* oc. Bühlertal, 25. Mai. Gestern nachmittag wurden die vier bis jetzt aufgefundenen, von den sechs verunglückten Kindern, welche den Tod in den Fluten der Büllot fanden, zur letzten Ruhe bestattet unter überaus zahlreicher Beteiligung der Einwohner und auswärtiger Leidtragender. Die Särge, nachdem die Väter der Kinder folgten, wurden von den diesjährigen Erntekommunikanten getragen. Herrarrer Seiter, welcher die Einsegnung vornahm, hielt am Grabe eine ergreifende Ansprache. Die Großherzoglichen Herrschaften liegen durch Herrn Oberamtmann Meyer den betreffenden Familien höchstherbeileid auszusprechen und überanden als schmerzlichen Beweis ihrer Teilnahme Geschenke, bestehend in Kränzen, Bildern und Krugzügen. Namens der Gemeinde sprach Herr Bürgermeister Kern das Beileid aus. Der hiesige Gemeinderat beteiligte sich am Leichenbegängnisse. Von den noch vermissten Kindern wurde gestern abend die 11-jährige Marie Wolf bei Bimbach gemeldet.

\* Freiburg, 25. Mai. Am Donnerstag wurde die Tagung der Generalversammlung des bereits 24 Abteilungen zählenden Vereins für Frauenbildung-Frauenstudium durch einen Begrüßungsabend im Gartenpavillon des Hotel Continental „zum Frauen“ eröffnet, zu dem die Abteilung Freiburg ihre auswärtigen Gäste eingeladen hatte. Es waren Vertreterinnen sämtlicher Abteilungen erschienen, darunter die Damen Frau Sera Fröls aus Berlin, Fräulein Dr. Baum (Fabrikinspektorin in Baden), ferner Fräulein Dr. v. Lengenfeld aus Weimar, Frau Gewerbeschulrat Rebmann, Fräulein Schlotmann, Oberlehrerin am Mädchengymnasium in Köln, Frau Koblhepp aus Karlsruhe und Fräulein v. Hellhof aus Weimar. Außerdem hatten sich eingeladen die Herren Dr. Mittel, die Oberschulrätin Waag und Rebmann aus Karlsruhe, Herr Oberrealschuldirektor Seitz, Herr Universitätsprofessor Dr. Börner, Herr Direktor Erhardt, Herr Professor Dr. Schulte-Güternis, ein Vertreter der Stadt und andere Freunde der Frauenbewegung. Der der Geselligkeit gewidmete Abend, bei dem ernste und humoristische Begrüßungsreden und Vorträge von Dichtungen mit musikalischen Darbietungen wechselten, nahm einen überaus anregenden und unterhaltenden Verlauf.

\* Kleine Mitteilungen aus Baden. Der Raubmordverdict auf die Witwe Sticks in Mannheim stellt sich als ein planmäßig vorbereiteter Mordfall heraus. Siegarth hatte zwei Komplizen. Einer ist bereits verurteilt worden. — Bei Hochhausen, Amt Tauberbischofsheim, wurde die Leiche des 11 Monate alten Söhnchens des Advokats Appel in Dittelsheim gefunden, das vom Kindermädchen in die Tauber geworfen worden war. — Aus Ebersburg wird gemeldet: Der 68 Jahre alte Schwendwirt Gsch von Weier stürzte infolge Scheuens des Pferdes von seinem Fuhrwerk. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. — Am Donnerstag weite eine aus 10 Herren bestehende Kommission des schlesisch-sächsischen Landesausschusses in Emmendingen, um die dortige Groß-Heil- und Pflanzenschule zu besichtigen, da nach diesem Muster eine neue Anstalt für Fischzucht errichtet werden soll. — Der Streit der Bau- und Möbelhändler in Wiltlingen ist beendet. Derselben erhalten 10prozentige Lohnverhöhung, einen Lohnsollohn von 8 Mk. für Arbeiter unter 21 Jahre, einen solchen von 3,50 Mark für Arbeiter über 21 Jahre. Vereinbarung wurde ferner 9 1/2stündige Arbeitszeit.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Bern, 26. Mai. Der schweizerisch-norwegische Handelsvertrag läuft am 27. Mai infolge Kündigung ab. Bis zum Abschluss eines neuen Vertrages werden sich beide Staaten auf dem Fuße der Meistbegünstigung behandeln.

\* Wien, 26. Mai. Der Chef des preussischen Generalstabes, Generalleutnant von Moltke, beabsichtigt gestern in Beiseite des österreichischen Generalstabschefs Freiherrn von Bed das militär-geographische Institut. Abends fand beim Kaiser in Schönbrunn Tafel statt, an der außer dem Generalstabschef von Moltke auch noch der deutsche Vorkämpfer Graf Wedel und der deutsche Militärattaché Major von Bilow teilnahmen.

\* Paris, 26. Mai. Der Erzbischof von Lyon, Cardinal Coullié, erließ einen Hirtenbrief, in welchem er auf die außerordentliche Bedeutung des am 30. Mai beginnenden Konzils der französischen Bischöfe hinwies; denn die Bischöfe, die die Bischöfe fassen werden, sollen die Nichtschwur für die Gerechtigkeit und das gesamte französische Volk bilden. Dem Konzil werden 79 französische Bischöfe beiwohnen. Die sieben Bischöfe der Kolonien werden an dem Konzil nicht teilnehmen, da das Konzil in den Kolonien vorläufig noch gesetzliche Kraft hat und die Bischöfe deshalb noch nicht das Vereinsrecht besitzen.

\* London, 26. Mai. Auf der Jahresversammlung des britischen liberalen Jugendbundes wurde beschlossen, zu Anfang Sommer 1906 eine Abordnung nach Deutschland zu entsenden als Kundgebung der freundschaftlichen Gesinnung, welche die englische Jugend für die deutsche Jugend begt. Gleichzeitig sollen die englischen jungen Leute die deutschen Einrichtungen studieren, die den englischen überlegen sind. Die Abordnung wird England am nächsten Samstag verlassen und sich zunächst nach Hamburg begeben.

\* Stockholm, 25. Mai. Der Etatsentwurf der Budgetkommission für das Jahr 1907 veranschlagt die Ausgaben auf 193 857 000 Kronen und die Einnahmen auf 183 383 000 Kronen. Die Budgetkommission schlägt vor, das Defizit durch Besteuerung von festem Eigentum und Einkommen zu decken. — Der Reichstag lehnte heute den Antrag ab, wonach die Regierung zur Unterlegung der Frage des Exportzolls auf Eisenerze aufgefordert werden soll.

\* Madrid, 26. Mai. Seine Majestät König Alfons und Prinzessin Ena von Vattenberg sind gestern abend hier eingetroffen und nach dem Luischloß El Pardo weitergefahren.

\* Washington, 26. Mai. Der Senat nahm die Dillinghambill an, nach der die Kopfsteuer für Einwanderer auf fünf Dollars erhöht und Analphabeten ausgeschlossen werden sollen. Im Kongreß dürften die Vertreter der westlichen und südlichen Staaten, sowie der Industrie und des Baumwollbaues, die durch eine Verschärfung der Einwanderungsbedingungen schwer geschädigt werden, Einsprüche erheben.

\* Tokio, 25. Mai. Die Militärbehörden gaben bekannt, daß in Dalny eine Pter und ein Weicher zur öffentlichen, aber beschränkten Benutzung eröffnet werden sollen. Die Japaner geben amtlich die Erklärung ab, daß dies die erste Maßnahme für die Oeffnung des Hafens für den internationalen Handel sein sollte, welche Tatsache früher vollendet sein werde, als man erwarte.

### Verschiedenes.

\* Berlin, 26. Mai. Die Witwe Eugen Richters ist gestern abend in Kreuznach, wo sie bei ihrem Sohne weilte, am Typhus gestorben.

\* Wilhelmshaven, 26. Mai. Der Untergang des Torpedobootes S 126 beschäftigte am 25. d. M. das hiesige Kriegsgericht. Daselbe sprach den Fregattenkapitän Stedow, den Korvettenkapitän Nordmann den Kapitänleutnant Stölzel, die als Kommandanten der „Andine“ bzw. als Flotten- und Divisionschefs fungiert hatten, von der Anklage, den Untergang verschuldet zu haben, frei.

\* Dresden, 26. Mai. Unter den 64 von Seine Majestät dem König am 25. Mai begnadigten Gefangenen befinden sich 28 Zuchthäuser, darunter 3 lebenslängliche, sowie 2 Männer und eine Frau, die bereits 34, 29 und 26 Jahre verbüßt haben.

\* Tübingen, 26. Mai. Gestern ist der Professor der Botanik Hegelmaier im Alter von 72 Jahren gestorben.

\* Merzig (am Ihunersee), 25. Mai. Am Himmelfahrtstage ist am Sigriswiler Hochohorn der 23-jährige, aus Tirol gebürtige Ingenieur Karl Grisch aus Bern, dessen Eltern in Nürnberg wohnen, tödlich verunglückt. Er unternahm morgens mit zwei Freunden den Aufstieg auf das Hochohorn, dessen Gipfel jedoch wegen der ungünstigen Witterung nicht erreicht wurde. Beim Abstieg stürzte Grisch über eine Felswand ab. Die Leiche ist nach Merzig geschafft worden.

\* Teplitz, 26. Mai. Die Frau des am 15. Mai ermordeten Privatiers Schneider aus Bilm gefand, ihren zukünftigen Schwiegerohn Göbel gedungen zu haben, Schneider zu ermorden. Beide wurden verhaftet.

\* Paris, 26. Mai. Die eingegangenen Beträge für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe von Courrières übersteigen 6 Millionen Francs. Die Unterstützung wird den Betroffenen in Form von nicht übertragbaren Sparausweisen überreicht werden. Minderjährige können den Betrag erst bei erlangter Volljährigkeit und Verheiratung erhalten. Außerdem erhält jeder von der Katastrophe betroffene Haushalt noch 250 Francs in bar.

\* Paris, 26. Mai. Auf Veranlassung des Marineministers, welcher die Wahrnehmung gemacht habe, daß das Dpium rauen unter den Offizieren und Mannschaften im Kriegshafen von Toulon bedenklich überhand genommen habe, wurde gegen die Besitzer von Rauchjuben die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet.

\* Mailand, 26. Mai. Hier wurde eine Fälscherbande entdeckt, welche falsche Induktivitäten anfertigte. Bisher sollen für etwa 3 000 000 Lire vorzüglicher Fälschate im Umlauf sein. Die Geschädigten sind außer einigen kleineren Privatbanken meistens Einwohner von Padua.

\* Christiania, 26. Mai. Die auf Staatskosten erfolgende Vererdigung Henrik Jøbens ist auf den 31. Mai festgesetzt.

### Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 26. Mai 1906.

Die breite Zunge hohen Druckes, welche gestern von der iberischen Halbinsel aus weit in das Binnenland herein sich erstreckte, hat heute noch an Ausdehnung zugenommen und reicht bis über Dänemark und Südschweden; ein zweites Maximum im hohen Norden hat sich gegen gestern nur wenig verschoben, nahezu unverändert sind die Depressionen über den britischen Inseln und über der Balkanhalbinsel geblieben. In Deutschland sind die Temperaturen etwas gesunken; das Wetter ist außer der Nordsee ziemlich trüb, mehrfach hat es geregnet, vereinzelt auch geteufelt. Abgesehen von geringen Wärmeänderungen ist eine wesentliche Verschiebung der Wetterlage nicht zu erwarten.

### Wetternachrichten aus dem Süden vom 26. Mai früh.

Lugano wolkenlos 16 Grad; Biarritz bedekt 14 Grad; Nizza wolkenlos 21 Grad; Triest wolkenlos 22 Grad; Florenz Nebel 13 Grad; Rom wolkenlos 17 Grad; Cagliari wolkenlos 16 Grad; Brindisi halbbedeckt 17 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Niedersch. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
25. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	755.9	15.9	9.3	68	SW	bedekt
26. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	757.3	12.8	8.2	75	"	better
26. Mittags 2 <sup>00</sup> U.	755.4	19.9	7.1	41	"	bedekt

Höchste Temperatur am 25. Mai: 20.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.0. Niederschlagsmenge des 25. Mai: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 26. Mai, früh: Schusterinsel 3.62 m, gestiegen 7 cm; Rehl 3.89 m, gefallen 14 cm; Waxau 6.23 m, gefallen 67 cm; Mannheim 6.80 m, gefallen 13 cm.

Die Zufahrtsstraßen zu den Rheinschiffbrücken bei Kappel und Ottenheim sind wieder fahrbar.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

## Tisch-Weine

von 45 Pfg. (weiss), 60 Pfg. (rot) an, im Fass und Liter-Flaschen, empfiehlt in bekannter Güte von 20 Liter ab die

### Weinhandlung W. Kronenwett

Hirschstrasse 64 Telephon 1277  
Grosse Lager badischer, Elsässer, Haard-, Rhein- und Mosel-Weine

### Todtmoos

841 m. d. Meer. Süd. Bad Schwarzw.-Eisenbahnst. Wehr. Höhenluftkurort I. Ranges, in geschützter Lage, waldumkränzte Hochhäuser, Hotels, Pensionen, Privatzimmer. Auskünfte u. Prospekte unentgeltl. durch d. Kurverein Todtmoos (L.V.)

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail. numm. Kaiserstrasse 189 zwisch. Herren- u. Waldstr. Bedeutendes Spezialgeschäft in Besagartikeln, aller Arten Besagstoffen, Kaffeemertzen, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handtüchern, Krabatten, Fächern. Ständiger Eingang von Neuheiten

# Spiegel & Wels

zeigen hiermit die

## Eröffnung

ihrer **neu umgebauten bedeutend vergrößerten Geschäfts-Lokalitäten** ergebenst an und laden **zur Besichtigung** freundlichst ein

**Neu aufgenommen: Livreen und Automobil-Bekleidung**

Hervorragend sehenswerte Ausstellungen  
**•• vollkommener Erzeugnisse ••**  
 der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie

**Himmelheber & Vier**, größtes **Spezial-Wäsche-Ausstattungs-geschäft**, liefern **komplette Braut- u. Baby-Ausstattungen**  
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 171 eigene Wäschefabrik mit Wasch- und Bügelanstalt in jeder Preislage



Spezial-Fabrikat für Qualitäts-Raucher.

### Deutsche Botschafts-Zigarre

milde angenehme Qualitätsmarke. Probezehntel Mk. 5.80.  
 Musterfischen gegen Mk. 1.—, auch in Briefmarken.

**E. P. Hieke, Grossh. Hoflieferant**

Karlsruhe, Kaiserstrasse 215. 3.355.26.11

Wilhelm Steudt, fondern „Steudt“ heißt.  
 Karstadt, den 23. Mai 1906.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
 Sch.

### Seegrassverkauf

Großh. Forstamt Pforzheim verkauft in einem Lofe den diesjährigen Seegrasswuchs im Domänenwald Hagenschief im Wege schriftlicher Angebote. Das Öffnen der bis längstens zum Termin verschlossen, mit entsprechender Aufschrift eingereichten Angebote erfolgt am Freitag den 1. Juni d. J., morgens 10 Uhr, im Geschäftszimmer des Forstamts, wozu die Kaufliebhaber eingeladen sind. U.607.2.1. Die Bedingungen können vorher eingesehen werden. Näheres durch die Forstwarte auf dem Seehaus.

### Karlsruher Lebensversicherung a. G.

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Versicherte Summe: **560 Millionen** Mark.

Gesamtvermögen: **202 Millionen** Mark.

Ganzer Ueberschutz den Versicherten.

Weitgehendste Unanfechtbarkeit und Unverfallbarkeit.

Mitversicherung auf Prämienfreiheit im Invaliditätsfall.

Freie Kriegerversicherung. Weltpolice. U.602 5.1

### Gusseiserne Röhren-Formstücke

•• von 40—200 mm Lichtweite ••

hält stets auf Lager 3.359.10.7

**H. Schönsiegel in Pforzheim**

Schriesheim bei Heidelberg

### Lungenheilstatt Stammberg

f. weibl. Kranke

M. 4.— bis 6.50 p. Tag.

Sommer- u. Winterkur.

Prospekt d. leit. Arzt Dr. Schütz.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Demnächst erscheint:

### Handbuch für Waisenräte

von Georg Ziegler, Justizakuar

Preis etwa 1.60 Mk.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Drogerie

### CARL ROTH

Grossh. Hoflieferant

Herrenstr. 26 • Karlsruhe

Telephon 180

Größtes Geschäft

der Drogen-, Kolonial-, Material- und Farbwaren-Branche

am Platze 40.30

Sämtliche Bedarfs-Artikel für alle Gewerbe

Gute und billige Einkaufsquelle für Lebensmittel

Preislisten stehen gerne zu Diensten

Prompter Versand nach auswärts.

Bekanntmachung.

U.630. Fahr. Im Konkurse über das Vermögen der Fabrikant Julius Brand & Wwe., Salome geb. Müller, in Karlsruhe als Inhaberin der Firma Brand & Morstadt in Fahr sind zur Schlussverteilung unter Nr. 55386.09 nichtbedingte Forderungen verfügbar Nr. 8212.50. Schlussrechnung und Schlussverzeichnis sind zur Einsicht der Beteiligten bei Gr. Amtsgericht Fahr niedergelegt. Fahr, den 25. Mai 1906. Der Konkursverwalter.

Bekanntmachung.

U.614. Karstadt. Unsere Veröfentlichung vom 15. d. M. („Karlsruher Zeitung“ Nr. 168 und 169 B.) in der Klagefache des Albert Eilfuch von Karlsruhe gegen den Wilhelm Steudt, Architekt von Auerbach, zurzeit an unbekanntem Orte abwesend, wird dahin berichtigt, daß der Beklagte nicht

### Nutz- und Brennholz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Gerrenwies in Forbach (Baden) versteigert mit Zahlungsfrist bis 1. Februar 1907 am Donnerstag den 31. Mai 1906, vormittags 10 Uhr, im Saalhaus zum „Auerbach“ in Gerrenwies aus den Domänenwaldungen bei Erbersbronn und Gundsbach:  
 a. Langholz, Buchenlöse: 180 I. und II. Klasse; Nadelholzstämme: 400 IV. und V. Klasse; Kiefer: 30 II. und III. Klasse; Nadelholzverbüchsen: 100 I., 1600 II., 1300 III., 600 IV., 1400 V. Klasse; Reisstangen: 1006 I., 2500 II., 3200 III., 3000 IV., 3000 V. Klasse.  
 b. Schichtholz, Scheitholz, Eter: 400 Buchen, 1000 Nadelholz II. und III. Klasse; Kieferholz Eter: 60 Buchen, 250 Nadelholz; Reisstangen: 300 Eter; Schlagraum: 10 Lofe. U.625. Auskunft durch die Forstwarte Braunegger in Erbersbronn (Post Forbach), Gerrenwies und Herzog in Gundsbach (Post Wülferthal).

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

U.632.2.1. Die Lieferung von 6 Stück Lokomotivfesteln Gattung VIIa, je 2 Stück Gattung VII d, VII b, IV e soll vergeben werden. Angebote sind bis zum 25. Juni 1906, vormittags 10 Uhr, mit entsprechender Aufschrift versehen, anzufrachten.  
 Die Bedingungen können bei uns eingesehen oder gegen freie Zufuhr von 6 Mark nebst 5 Pf. Beistellgeld bezogen werden. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, den 19. Mai 1906. Gr. Verwaltung der Hauptwerkstätte.

### Ueberlingen am Bodensee Mineral- und Seebad Klimat. Kurort

Geschützte Lage. Reizende Spaziergänge und Ausflüge. Alte, interessante Stadt. Dampfbootstation und Station der Bodenseegürtelbahn Radolfzell-Ueberlingen-Friedrichshafen-Lindau-Bregenz. Wörts Führer durch Ueberlingen. Nähere Auskunft durch das Kurkomitee.

### St. Märgen Luftkurort

900 Meter über dem Meere im bad. Schwarzwald Hochwald in nächster Nähe. Bewaldete und freie Spaziergänge mit prachtv. Aussicht. Arzt im Orte. Personenpostverb. nach Bahnstation Kirchzarten. Mässige Preise. A. Rombach, z. gold. Krone.

### Axalp Kurhaus Bellevue

1500 Meter über dem Meer Berner Oberland Station Giessbach (Schweiz) In entzückend schöner Lage mit köstlichem Ausblick auf See und Gebirge. Pensionspreis von Fr. 4.50 an. Prospekte gratis. Besitzer vom neuerbauten Hotel du Lac Brienz P. Kuster.

## Bad Antogast

500 M. ü. d. M. Bahnstation Oppenau.  
**Mineralbad und Luftkurort im badischen Schwarzwald.**  
 Durch Neubau bedeutend vergrößert. — Neuester Komfort. — Zentralheizung.  
 In prachtvollster, geschützter Lage, inmitten ausgedehnter Tannenwaldungen mit zahlreichen, wohlgepflegten, bequemen Promenadenwegen. Ozonreiche, staubfreie Gebirgsluft. Die altherühmten Eisen-, Magnesia- und Natron-Säuerlinge, Vichy und Wildungen ebenbürtig, und welche sich durch den scharf hervortretenden Gehalt an doppeltkohlensaurem Natron u. Magnesia von den Quellen der Nachbarbäder wesentlich unterscheiden, sind ihrer Leichtverdaulichkeit wegen von ersten medizinischen Autoritäten empfohlen und mit bestem Erfolge angewandt gegen: **Chronische Katarrhe des Magens** und seiner Adaxen; ferner bei **Hämorrhoidalruhen**, **chron. Erkrankungen der Nieren** und der **Blase**, **Anschoppung der Leber**, **Selbsucht**, **Gallensteinen**, **Armut** und darauf beruhenden **Erkrankungen der weiblichen Geschlechtsorgane** mit krankhaften **Ausscheidungen** und **Ausflüssen** nebst den daraus folgenden **nervösen Störungen**. Vorrüglichster Platz für **Reconvaleszenten**. **Diätetische Kuren** für **Magen- und Nierenleidende**. Bäder jeder Art. Pension. Kath. und evangel. Gottesdienst. Jagd. Forellen-fischerei. Prospekte durch Badearzt **Dr. Merk**, sowie den Eigentümer Mineralwasserversand im letzten Jahre: 105,000 Flaschen.  
**Max Huber.**